

Trotz anvisiertem Rückzug der Bundeswehr aus Somalia - Erster Etappensieg des deutschen Imperialismus



Das Ende des ersten größeren UNO-Einsatzes der Bundeswehr scheint absehbar. Doch nicht etwa antimilitaristischer Widerstand gegen den deutschen "Blauhelm"-Einsatz zwingt die Bourgeoisie zur Kursänderung, sondern die veränderte USA-/UNO-Taktik. Der geplante Rückzug der US-amerikanischen Truppen aus Somalia veranlaßt die Bundeswehr zum Nachziehen. Nach kurzem Kompetenzgerangel zwischen Verteidigungsminister Rühle und Außenminister Kinkel scheint klar zu sein, daß für die deutsche Bourgeoisie ein "somalischer Alleingang" (noch) nicht machbar und wünschenswert ist.

Die Somalia-Intervention der UNO steckt in einer Sackgasse. Die Kosten für die Unterjochung Somalias, inklusive des Milizenführers Aidid und seiner Anhänger, stehen in keinem Verhältnis zum bisherigen, äußerst mageren militärischen Ergebnis. In den USA tauchten schon erste Erinnerungen an Vietnam auf, an die "bittere Niederlage", die der US-Imperialismus - zur Freude aller Internationalisten - im Kampf gegen die Vietminh-Soldaten einstecken mußte. Im Vorfeld der Rückzugsentscheidung aus Somalia wurde selbst von bürgerlicher Seite massive Kritik an diesem UNO-Unternehmen geäußert. Es war die Rede davon, daß die Wege der UNO "mit Leichen gepflastert" seien; Vertreter der internationalen Hilfsorganisationen forderten die UNO auf, die Zivilbevölkerung aus den Bombardements herauszuhalten. Die Berichterstattung über den alltäglichen imperialistischen UNO-

Terror konnte - anders als im Irak-Krieg - nicht verhindert werden.

Die brutale Intervention der UNO in Somalia ist allerdings kein Sonderfall. Immer wieder diene diese Organisation den Imperialisten als Feigenblatt für ihre weltweite Unterdrückungs- und Ausbeutungspolitik. Lenin charakterisierte den Vorläufer der UNO, den Völkerbund, einmal sehr treffend als "imperialistische Räuberhöhle". In dieser Tradition fungiert die UNO als Instrument für die Aufteilung der Welt unter den Imperialisten. Erinnerung sei z.B. an den imperialistischen Überfall auf den Irak 1991, der mit Zustimmung der UNO stattfand. Unter dem Vorwand, das Selbstbestimmungsrecht Kuwaits zu verteidigen, wollte allen voran der US-Imperialismus die Verfügungsgewalt über die Ölquellen sicherstellen und sich gleichzeitig des unliebsamen "Antiamerikaners" Hussein entledigen.

Die aktuellen UNO-Einsätze spiegeln die gemeinsamen, aber auch die unterschiedlichen Interessen der imperialistischen Mächte bei der Sicherung ihres internationalen Einflusses wider. Und weder in Kambodscha noch im ehemaligen Jugoslawien oder in Somalia geht es um "humanitäre Hilfe". Die Auswirkungen für die Zivilbevölkerung dieser Länder sind jeweils verheerend. Aus dem ehemaligen Jugoslawien wird über "korrupte Blauhelme" in Sarajevo berichtet: "Die UNO-Soldaten sind Kriegsgewinnler. Sie bereichern sich an einer sterbenden Stadt" (Spiegel 35, 93). In

Somalia wird die Zivilbevölkerung wahllos unter Beschuß genommen, um Rache für Angriffe auf UN-Soldaten zu nehmen. Und ganz "nebenbei" graben die Bundeswehr-Soldaten der Bevölkerung in Somalia buchstäblich das Wasser ab, u.a. um ihre Uniformen fachgerecht zu reinigen. Angesichts dieser Tatsache ist Kinkels Zielvorstellung, die UNO zum "zentralen Friedenshüter der Menschheit" zu machen (SZ, 30.09.93) blanker Zynismus - genau wie die SPD-Propaganda über "friedenserhaltende UNO-Missionen".

Die Situation in der BRD

Jahrzehntlang waren dem deutschen Imperialismus militärisch die Hände gebunden. Das hat sich mittlerweile geändert. Stück für Stück streckt die BRD ihre militärischen Fühler aus - erst einmal im Rahmen der UNO und NATO. Die Akzeptanz der "Militarisierung der Außenpolitik" bleibt derzeit immer noch von zentraler innenpolitischer Bedeutung, denn bevor scharf geschossen wird, muß die Bevölkerung auf die außenpolitische "Wende" eingestimmt sein. Allerdings sind die Herrschenden in der BRD, v.a. seit der Somalia-Intervention, bereits ein gutes Stück weitergekommen. Beim Staatsbegräbnis eines in Kambodscha eingesetzten Bundeswehr-Sanitäters o.ä. gewöhnt sich der BRD-Bürger allmählich wieder daran, international "Verantwortung" zu übernehmen.

Wer jetzt immer noch prinzipiell gegen ausländische BRD-Interventionen eintritt, der wird zum Spinner erklärt. Ein zentrales Element der Gewöhnung ist die erfolgte "Legalisierung" von Bundeswehr-Einsätzen im Rahmen der UNO. Und damit ist eine wichtige innenpolitische Voraussetzung des deutschen Imperialismus für den angestrebten Sitz im Weltsicherheitsrat erreicht. Lange genug mußte man dem US-Imperialismus in der Rolle des unumstrittenen Weltpolizisten zuschauen. Die deutschen Kapitalisten wollen sich jetzt endlich auch einmal in dieser Rich-

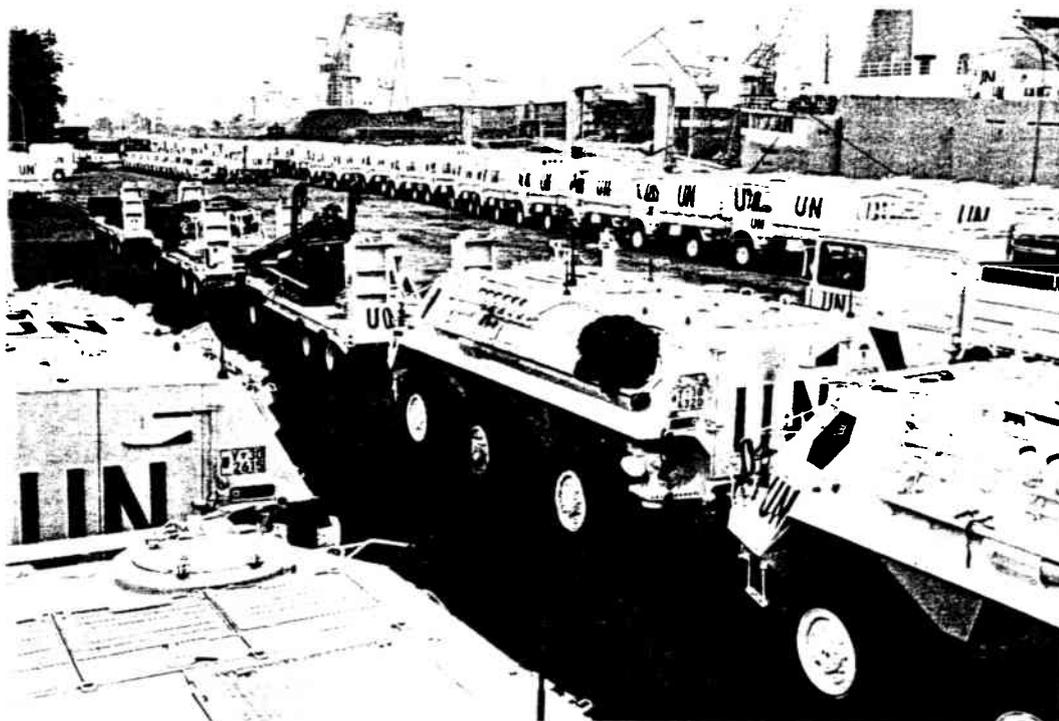
tung versuchen, wie ein Herr Thies, Ressortleiter der Zeitung Die Welt, so prägnant formulierte:

Deutschland "muß lernen, daß Gewalt in den internationalen Beziehungen - als letztes Mittel der Politik - legitim ist. ... Und Deutschland muß schließlich fähig sein, das vorläufig Undenkbare zu denken, nämlich trotz der katastrophalen Abschnitte in der deutschen Geschichte zwischen 1914 und 1945 wieder ein Akteur der Weltpolitik zu sein - sollte der europäische Integrationsprozeß scheitern oder in einer unbefriedigenden Richtung verlaufen" (zit. nach Blätter für deutsche und internationale Politik 11, 93).

In diesem Sinne wird derzeit die Bundeswehr umstrukturiert und massiv am Ausbau einer international mobilen Bundeswehr-Eingreiftruppe gearbeitet, um die Erstschlagskapazität des deutschen Imperialismus zu stärken.

Die "rote" Heidi setzt sich durch - SPD für UNO-Kampfeinsätze

"Die deutsche Außenpolitik müsse sich auf Blauhelm-Einsätze zur Erhaltung des Friedens beschränken", dozierte Frau Wiczorek-Zeul auf dem SPD-Parteitag (SZ, 19.11.93). Doch selbst unter den letzten sozialdemokratischen Feierabend-Pazifisten dürfte sich herumgesprochen haben, daß "friedenserhaltende UNO-Maßnahmen" und "friedensschaffende UNO-Kampfeinsätze" in der Praxis nicht voneinander zu unterscheiden sind. Allzuweit her war es mit der "Opposition" der "roten" Heidi gegen den (offeneren) Klose-Kurs eh nicht: Schon ihr Vorschlag für den SPD-Leitantrag sprach sich nicht nur für deutsche Blauhelme aus, sondern gleichzeitig auch für das Recht auf "Verteidigung des Auftrags" (mission defense). Darüber hinaus unterstützte er Blockademaßnahmen (inklusive Seeblockaden), wo auch schon mal "vor den Bug" geschossen werden kann. Für solche UNO-Boykottmaßnahmen zwecks Ausübung imperialistischen Drucks traten diese SPD-"Oppositionellen" auch schon während des Golfkrieges ein.



Verschiffung von Militärgerät für Somalia im Emdener Hafen - Streik und Blockade gegen die Verladung wären effektiver Antimilitarismus

Antimilitaristischer Widerstand ist nötig

Der Widerstand in der BRD gegen die militärischen Optionen der deutschen Bourgeoisie tendiert gegen Null. Die Aktionen zum "Tag S" (anlässlich der Entsendung der Bundeswehrtruppen nach Somalia) fanden nur mit minimalster Beteiligung statt. Von der Friedensbewegung, die noch in den 80er Jahren Hunderttausende auf die Straße brachte - vor allem gegen US-amerikanische Waffen - ist kaum mehr etwas zu sehen. Aber bei den wenigen übrig gebliebenen Aktivist*innen leben die traditionellen pazifistischen Losungen dieser Bewegung noch fort. So war auch anlässlich der Entsendung der Bundeswehr nach Somalia die Rede von: "ersatzloser Abschaffung der Wehrpflicht", "totaler Entmilitarisierung", "Abrüstung von unten", "Abrüstung statt Sozialabbau" etc. Doch "Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" - das heißt, daß die Bourgeoisie in bestimmten Situationen bereit ist, ihre Interessen auch mit Waffengewalt durchzusetzen. Dieser Kurs ist weder mit pazifistischen Abrüstungsforderungen noch mit Appellen an den bürgerlichen Staat zu bekämpfen. Krieg oder Frieden sind nicht abhängig vom "guten Willen" irgendwelcher bürgerlich-demokratischen Politiker. Nur auf

der Grundlage einer Klassenpolitik kann gegen den wiedererstarkten deutschen Imperialismus vorgegangen werden. Entweder die Arbeiterinnen und Arbeiter entwaffnen die Bourgeoisie oder diese Bourgeoisie wird die Lohnabhängigen in den Krieg schicken. Kleinbürgerliche, pazifistische (Abrüstungs-) Forderungen schüren lediglich die Illusionen in den bürgerlichen Staat.

In der jetzigen Phase der innenpolitischen Entwicklung, v.a. in der Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Variante imperialistischer Politik, muß die Notwendigkeit des *revolutionären Antimilitarismus* verdeutlicht werden. Sozialist*innen und Sozialisten müssen nicht nur da eingreifen, wo sich antiimperialistischer Widerstand regt. Aktionen und Streiks der Zivildienstleistenden müssen auf die ÖTV und andere Gewerkschaften ausgeweitet werden. Proteste, z.B. gegen die Bundeswehr-Indoktrination an den Schulen, müssen geplant werden. Mit der Arbeit zur Verteidigung der Rechte von Wehrpflichtigen in der Bundeswehr muß begonnen werden. Solche und ähnliche antimilitaristische Aktivitäten sind eine notwendige Basis, um Arbeiteraktionen und Streiks gegen neue Aktionen des BRD-Imperialismus organisieren zu können. Denn eins ist sicher: Der Somalia-Einsatz der Bundeswehr war nur ein Vorgeschmack ■